

Vorwort

Die Corona-Pandemie wirbelt nicht nur unseren Alltag und unsere Lebenswirklichkeit durcheinander, hat unabsehbare und massive Auswirkungen auf die sozio-ökonomische und mittelfristig womöglich auch auf die politische Situation in vielen Ländern, sondern sie beeinflusst zudem in starkem Maße wissenschaftliche Diskurse. Subjektiv hat mich die Corona-Situation, wie auch viele andere Kolleg*innen, mit denen ich im Austausch stehe, zunächst beinahe schockhaft mindestens an den Rand einer lähmenden Sinnkrise geführt. Ich hatte gerade noch vor dem Lockdown im Frühjahr 2020 ein (mittlerweile erschienenenes) Buch zur radikalen Demokratietheorie in den Druck gegeben¹ und wollte mich an die Überarbeitung der ersten Fassung dieses Essays² setzen, der sich mit den Perspektiven Politischer Theorie als kritischer Zeitdiagnose beschäftigt. Diese Themen und Fragestellungen schienen plötzlich aber geradezu wie aus der Zeit gefallen. Die unmittelbare, mutmaßlich massenhafte Gefahr des Erkrankens und für viele auch des Sterbens schob in meiner subjektiven Selbstwahrnehmung meine Forschungsfragen brachial beiseite. In der öffentlichen ebenso wie in der privaten Wahrnehmung standen in der ersten Zeit, verstärkt durch schockierende Bilder aus bereits stärker betroffenen Ländern, basale Fragen wie die der Gesundheits- und Lebensmittelversorgung im Vordergrund. Entsprechend dominant

1 Oliver Flügel-Martinsen, *Radikale Demokratietheorien zur Einführung*.

2 Für hilfreiche Kommentare zu dieser ersten Fassung, die mir bei der Überarbeitung des Essays von großer Hilfe waren, danke ich Steffen Herrmann, Samia Mohammed, Detlef Sack und Holger Straßheim.

war in der Folge, auch als sich abzeichnete, dass der ganz schwere Pandemieverlauf wenigstens in der ersten Welle in Deutschland wohl ausbleiben würde, die Fixierung auf wissenschaftliche Perspektiven, die sich am naturwissenschaftlichen Erkenntnismodell ausrichten. Blieben die virologischen und die epidemiologischen Herausforderungen weiterhin akut, traten dann noch die vielfach harten und in ihren Konsequenzen unabsehbaren, möglicherweise strukturellen Folgen des Lockdowns und anderer seuchenhygienisch gebotener Beschränkungen des öffentlichen Lebens als Probleme hinzu. Mittlerweile, im Winter 2020/21, ist Deutschland, ebenso wie die meisten anderen europäischen Länder, schwer von der zweiten Welle betroffen und die Fragen aus dem Frühjahr 2020 stellen sich erneut.

Doch beides – die im engeren Sinne auf die Eindämmung der Pandemie bezogenen Fragen ebenso wie diejenigen, die sich auf die Folgen der Maßnahmen zur Corona-Bekämpfung beziehen – wird dramatisch unterkomplex reflektiert, wenn der Blickwinkel, wie es in der öffentlichen Diskussion in weiten Teilen der Fall ist, auf politisch artikulierte Bedarfe an zu erbringende wissenschaftliche Erkenntnisleistungen und einen Konflikt zwischen Wissenschaft und Wissenschaftsgegner*innen reduziert wird. Zumal auf der Seite der Wissenschaftsgegner*innen bislang vielfach eine obskure Mischung aus rechtspopulistischen bis rechtsextremen, verschwörungstheoretischen und, sich leider oft auch allzu bedenkenlos hinzugesellenden, esoteriknahen naturheilkundeaffinen Personengruppen die öffentliche Wahrnehmung dominiert. Wie der Blick auf zahlreiche Problemfelder und Kontroversen zeigt, verändert Corona eben nicht alles, sondern verstärkt in vielerlei Hinsicht Spannungen und Ungerechtigkeitsstrukturen, die einer kritischen Reflexion bedürfen. Diese kritische Perspektive nimmt allerdings, anders als oftmals verschwörungstheoretisch inspirierte Formen von Pseudokritik, bislang eine zu geringe Rolle in der wissenschaftlichen ebenso wie in der öffentlichen Auseinandersetzung ein.

Der vorliegende Essay eröffnet eine solche kritische Reflexion unserer Gegenwart aus der Perspektive der Politischen Theorie. Die Corona-Pandemie wird in ihm verschiedentlich auch eine Rolle spielen. Sie steht aber nicht in dessen Zentrum, da viele

der Probleme und Spannungen, denen sich eine kritische Gegenwartsdiagnose zuwenden muss, schon vor ihr und unabhängig von ihr bestanden haben und wir auch über sie hinaus mit ihnen konfrontiert sein werden.

Hannover, im Januar 2021

